

Speyerer Rundschau

STADTNACHRICHTEN

Unfall beim Überholen mit drei Verletzten



Von der Straße abgekommen: Unfallfolgen im Industriegebiet West. FOTO: LENZ

Drei Verletzte gab es laut Polizei bei einem Unfall am Freitag, 21.35 Uhr, in der Siemensstraße. Ein 25-jähriger Autofahrer aus dem Rhein-Pfalz-Kreis habe dort nach links in ein Firmengelände einbiegen wollen, ein hinter ihm fahrende 19-jähriger Autofahrer, ebenfalls aus dem Rhein-Pfalz-Kreis, habe ihn jedoch genau zu diesem Zeitpunkt überholen wollen. Folge: ein Zusammenstoß, bei dem der Überholer nach links von der Fahrbahn abkam und gegen eine Steinmauer prallte. „Ein dort gehender Fußgänger wurde leicht verletzt“, so die Polizei. Sie berichtet, dass auch die Verletzungen der beiden anderen Beteiligten als eher leicht einzustufen seien. Der Sachschaden wird mit rund 7000 Euro beziffert. |pse

Unfall mit Sechsjährigem: Nachträglicher Zeugenaufruf

Als lebensgefährlich hatte die Polizei am 31. Juli zunächst die Verletzungen eines sechsjährigen Jungen bezeichnet, der in der Landauer Straße beim Ballspiel von einem Auto erfasst worden war. Die Ermittlungen dazu dauerten an, der Junge sei nach Knochenbrüchen und Schürfwunden auf dem Weg der Besserung, heißt es nun. Es gibt allerdings einen neuen, nachträglichen Zeugenaufwurf: „Es ergaben sich Hinweise auf weitere, bislang noch unbekannt Zeugen des Unfalls, die unter Umständen wichtige Erkenntnisse liefern könnten“, so die Ermittler. Sie bittet deshalb nochmals um Kontaktaufnahme unter Telefon 06232 1370 oder E-Mail: mailspeyer@polizei.rlp.de. |pse

TAGES-THEMA

Zeitreise ins 13. Jahrhundert



Hunderte Besucher haben sich am Samstag und Sonntag auf dem Mittelalter-Markt vom „Volk vom Affolterloch“ in Waldsee auf eine Zeitreise ins 13. Jahrhundert begeben. LAND

HEUTE LOKAL

„Vorteile für Schwächere entwickeln“

Über den Handel mit Afrika wird Boniface Mbanza Bambu, Theologe aus der Republik Kongo, am Dienstag, 29. August im Speyerer Pfalz-Kolleg referieren. Ein Interview. STADT

Im Zeichen des Jazz

Paris Washboard, die Marching Bones Jazzband, Johnny Baby, das Little Vintage Orchestra – das kulturelle Wochenende in Speyer stand im Zeichen des Jazz. KULTUR REGIONAL

SO ERREICHEN SIE UNS

SPEYERER RUNDSCHAU Verlag und Geschäftsstelle

Amtsstr. 5 - 11
67059 Ludwigshafen
Telefon: 0621 5902-01
Fax: 0621 5902-240
E-Mail: rhplud@rheinpfalz.de

Abonnement-Service

Telefon: 0621 68557094
Fax: 0621 68557097
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

Privatanzeigen

Telefon: 0621 68557098
Fax: 0621 68557099
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

Geschäftsanzeigen

Telefon: 0621 68557267
Fax: 0621 68557268
E-Mail: rhplud@rheinpfalz.de

Lokalredaktion

Heydenreichstr. 8
67346 Speyer
Telefon: 06232 1307-24
Fax: 06232 1307-33
E-Mail: redspe@rheinpfalz.de

Gesetze für die „Generation Y“

Kinderschutz und Kita-Ausbau stehen oben auf der politischen Agenda. Weniger im Blick – und häufig mit Vorurteilen belegt – sind Jugendliche. Der Speyerer Rechtswissenschaftler Jan Ziekow wird die Politik dafür sensibilisieren – im neu eingeführten Kompetenzzentrum „Jugend-Check“.

VON KATJA EDELMANN

Was bedeutet der Mindestlohn für zukünftige Auszubildende? Wie beeinflusst die Ehe für alle das Leben der jungen Generation? Darauf Antworten vorzulegen, damit beschäftigten sich Juraprofessor Jan Ziekow und sein Team in den nächsten zwei Jahren im neu eingerichteten Kompetenzzentrum „Jugend-Check“. Es geht um die Zwölf- bis 27-Jährigen. Der Leiter des Speyerer Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) hat dafür „überaus schnell“ den Auftrag von der neuen Chef des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Katarina Barley (SPD) erhalten. Denn eigentlich ist der Jugend-Check einer der Punkte der Jugendstrategie, die im Koalitionsvertrag schon seit 2015 enthalten ist, aber nicht umgesetzt wurde.

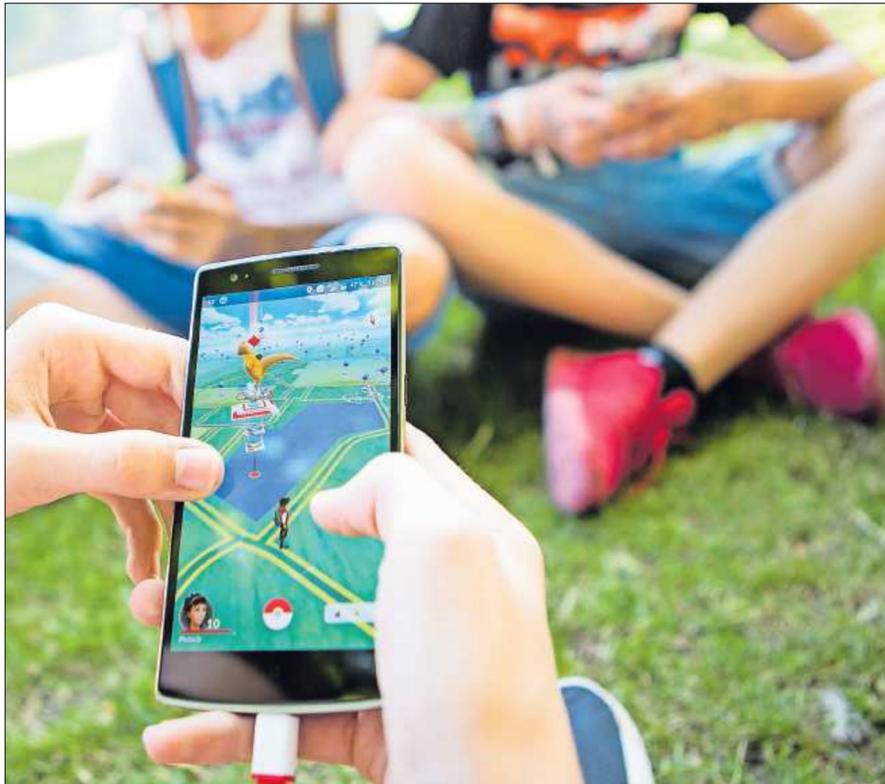


Jan Ziekow

Ziekow schätzt seit zwei Jahrzehnten ein, welche Folgen Gesetze für Menschen haben, für die Demografie oder die Haushaltslage. Mit dem Jugend-Check kommt auf Politiker bei Gesetzesentwürfen mehr Arbeit zu: Sie sollen künftig die Kriterien der Jugendgerechtigkeit berücksichtigen. „Es ist ein weiterer, komplexer Gesichtspunkt. Wir können außerhalb des Jugendministeriums von Ministerien keine Begeisterungstürme erwarten“, sagt Ziekow zynisch. Für ihn ist das ein persönliches, längst überfälliges Anliegen. „Es geht beim Jugend-Check um die konkrete materielle Betroffenheit der Menschen zwischen Anfang der 10er Jahre bis Mitte der 20er Jahre. Wir betrachten die Jugendzeit als eigenständige Lebensphase“, so der Lehrstuhlinhaber der Speyerer Verwaltungsuniversität.

Speyerer Personal ist bereits im Kompetenzzentrum in der Bundeshauptstadt tätig.

Die Politik soll in ihren Entscheidungen die neuen Perspektiven, Lebensentwürfe und Zugänge der jungen Generation ernst nehmen. Die heutigen Jugendlichen, „Millenials“ oder „Generation Y“ genannt, haben andere Sichtweisen und Bedürfnisse als die älteren Generationen, „X“ oder „Golf“. Als einen Einsatzbereich für die Tests nennt Ziekow die Arbeitsmarktpolitik: „Man könnte denken, Gesetze in dem Bereich seien jugendneutral. Aber es wäre zum Beispiel zu prüfen, ob der Mindestlohn dazu führt, dass in gewissen Branchen eine geringere Anzahl von Auszubildenden eingestellt wird.“



Vernetzt, vergessen? Speyerer Forscher untersucht Auswirkungen von Gesetzen auf die Jugend.

FOTO: DPA

Das neue „Kompetenzzentrum Jugend-Check“ wird in Berlin eingerichtet, um dort präsent zu sein, wo die Bundesgesetze auf den Weg gebracht werden. In den neuen Räumen arbeiten seit Anfang August drei Mitarbeiterinnen, die sich seit Jahren mit Methodik und Jugendgerechtigkeit befassen. Eine von ihnen ist die Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, der den Check hauptsächlich vorangetrieben hat. Eine Kollegin stammt aus dem FÖV-Kernteam in Speyer und wird regelmäßig zeitweilig in Berlin tätig sein. Anfang 2018 werden drei weitere Fachleute sowie eine Person für die Verwaltung in Berlin eingestellt. Es muss schnell gehen. „Wir müssen handlungsfähig sein, wenn die neue Legislaturperiode ins Laufen kommt und die ersten Gesetze das Licht der Welt erblicken“, betont Ziekow.

„Gesetzesfolgenabschätzung für die Lebenswelt der Jugendlichen“ ist nicht nur ein sperriges Wörterneutüm. Es ist auch methodisch anspruchsvoll, selbst für einen alten Hasen wie Ziekow. Er wird während der Startphase oft in Berlin präsent sein. Konkret hat das Kompetenzzentrum eine Doppelfunktion: Es soll den Jugend-Check anwenden und auch methodisch weiterentwickeln. Gleichzeitig soll es die Mitarbeiter der Ministerien sensibilisieren, „sie für den Jugend-Check begeistern. Dafür werden wir Arbeits-hilfen erstellen und Workshops anbieten, um die Belange der Jugendlichen und die Auswirkungen auf diese klarer zu machen“, sagt der Jurist. „Vor allem bei Gesetzen, bei denen nicht ins Auge springt, dass es für Jugendliche relevant ist.“ Zudem wird das Kompetenzzentrum an mehr Jugendbeteiligung arbeiten und wird

in Workshops konkret mit Jugendlichen sprechen, welche Fragen sie am meisten beschäftigen. Berlin und der Bund sind weit weg. Ist der Jugend-Check auch für Speyer interessant? Definitiv ja, so Ziekow: „Kommunale Entscheidungen sind besonders jugendrelevant. Wenn wir für die Bundesministerien Arbeitshilfen erstellen, werden wir daran denken, sie auch für die kommunale Ebene anzupassen.“

Zur Sache: Was die Jugend fordert

ihre Position zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit. Sie ist digitalisiert, globalisiert und heterogen in den Lebensentwürfen. Was sie Studien zufolge fordert:

- Mitbestimmung (und Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre) kommunal bis Bundesebene
- eigene Räume und freie Zeiten
- Teilhabe und Gleichberechtigung
- Berücksichtigung ihrer heutigen, nicht nur künftigen Interessen
- Jugendpolitik als Querschnittspolitik über alle Ressorts. |edj

Sie ist mehr als der Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein. In der Lebensphase bilden und qualifizieren sie sich für den Beruf und die Gesellschaft, übernehmen für sich selbst Verantwortung und finden

in Workshops konkret mit Jugendlichen sprechen, welche Fragen sie am meisten beschäftigen.

Berlin und der Bund sind weit weg. Ist der Jugend-Check auch für Speyer interessant? Definitiv ja, so Ziekow: „Kommunale Entscheidungen sind besonders jugendrelevant. Wenn wir für die Bundesministerien Arbeitshilfen erstellen, werden wir daran denken, sie auch für die kommunale Ebene anzupassen.“

IM NETZ

www.jugendgerecht.de
www.foev-speyer.de

Stadtrat: Ideen für Mahnmahl-Umfeld und „Tor zur Pfalz“

Mehr Möglichkeiten für Gastronomie in Speyer – das fordern zwei Initiativen, die am Donnerstag, 24. August (17 Uhr, Stadtratssitzungssaal), Thema im Stadtrat sein werden: Die Wählergruppe beantragt Änderungen im Umfeld des Holocaust-Mahnmals in Karls- und Hellenbergasse, die CDU regt ein „Schaufenster des Pfälzer Weins“ im früheren „Tor zur Pfalz“, das heute Flüchtlingsunterkunft ist, an.

Der SWG geht es um eine Aufwertung des Bereichs hinter dem Kaufhof. Ihre Idee: Die Parkplätze sollten einer öffentlichen Aufenthaltsfläche oder aber einer Sondernutzungsfläche für die Gastronomie weichen. Sie weiß, dass dafür private Grundstückseigentümer mit ins Boot genommen werden müssten, bittet die Stadt um Prüfung und gegebenenfalls Überplanung der Fläche.

Die CDU-Fraktion weiß, dass die Stadt heute über deutlich größere Kapazitäten zur Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen verfügt als noch vor zwei Jahren und nimmt deshalb das dafür seit Mitte 2015 genutzte „Tor zur Pfalz“ in der Maximilianstraße ins Visier: ob es nicht möglich sei, die dort noch untergebrachten Personen umzuquartieren oder zumindest das mit Büros belegte Erdgeschoss zu räumen. Auch wenn das Land der Eigentümer sei, müsse frühzeitig darüber nachgedacht werden. Nach Einschätzung der Fraktion würde dies die Chance eröffnen, etwa in Kooperation mit Pfälzer Winzern eine Art Vintothek unterzubringen. Dazu richtet sie mehrere Fragen an die Stadt.



Vorschlag für „Tor zur Pfalz“: Vintothek einrichten. ARCHIVFOTO: LENZ

Auf der Tagesordnung der Sitzung steht außerdem die städtische Stellungnahme zur geplanten Ausweitung der Erdölförderung. Der Entwurf liegt noch nicht vor. Die SWG fragt, wie es bei der Konversion des Normand-Geländes zu einem Verlust für die Stadt in Höhe von 8 Millionen Euro gekommen sein könne. Die FDP, für die Mike Oehlmann als Nachrücker für Dennis Peterhans verpflichtet wird, hat Fragen zu Vorkehrungen gegen Versiegelung und zur Digitalisierung eingereicht. Die CDU hinterfragt neue Regelungen zum Impfschutz in Kitas. Die Stadt kündigt Berichte zu den Projekten „Familienbildung“ und „Jugend stärken im Quartier“ an. Gebühren und Honorare der Musikschule sollen leicht erhöht werden. Die Zustimmung des Rats will die Verwaltung, um Kredite der Bürgerhospital- und der Waisenhausstiftung aus deren Vermögen vorzeitig zu tilgen. |pse

Das Warten auf den hölzernen Gaul

Seit 2014 stehen die Pläne für die Aufwertung des Spielplatzes im Feuerbachpark – Jetzt werden sie wohl doch nicht umgesetzt

VON YVETTE WAGNER

Was lange währt ... kommt am Ende ganz anders. Nach jahrelangen Verzögerungen steht fest, der Spielplatz im Feuerbachpark wird doch nicht umgebaut. Vorerst nicht. Denn der Park ist nun Teil des Projektes „Soziale Stadt Speyer-Süd“. Die Pläne aus dem Jahr 2014, die die Stadt zusammen mit Anwohnern schmiedete, sind hinfällig. Ursprünglich sollten die neuen Spielgeräte spätestens im Frühjahr 2015 stehen.

Reckstange, Pferdekutsche aus Holz und Kletterwand hatten sich Kinder und Eltern gewünscht. Die neuen Spielgeräte sollten vor allem Kleinkindern mehr Spaß bereiten. Möglich wurde die geplante Erweiterung durch den Umbau des Marienheims, das direkt am Park liegt: Ab einer bestimmten Größenordnung sind Bauherren verpflichtet, Spielmöglichkeiten zu schaffen. Sie können diese Aufgabe aber auch an die Stadt übertragen samt Zahlung einer Ablösesumme. Die liegt in diesem Fall bei rund 25.000 Euro.



Mit Hilfe einer Elterninitiative: 2008 wird ein neues Spielgerät im Feuerbachpark eingeweiht. ARCHIVFOTO: LENZ

Dass Holzpfeder & Co. nicht kamen, begründete die Stadt immer wieder mit anderen vordringlicheren Arbeiten. 2015 waren das die Umgestaltung der Rheinpromenade und des Außenbereichs der Villa Ecarus sowie die „Soziale Stadt Speyer-West“. Im Frühjahr 2016 erklärte die

Mal gibt es vordringlichere Projekte, mal Probleme bei der Lieferung. Pech gehabt!

Stadt auf eine weitere RHEINPFALZ-Anfrage: Sie hoffe, dass die Spielgeräte noch im laufenden Jahr aufgestellt werden, fügte aber gleich hinzu, andere Vorhaben hätten Vorrang – Außenbereiche von Kitas und Schulen etwa, die Ertüchtigung anderer Spielplätze, auch die Erschließung der Alla-hopp-Anlage. Die ist längst eröffnet und hat Reckstangen. Aber nicht der Feuerbachpark.

Im Oktober 2016 stand fest: Auch dieses Jahr verstreicht ohne hölzernen Gaul in Speyer-Süd. Begründung nun: Die Auftragsbücher der

Spielgeräte-Hersteller seien ruppelvoll, Speyer sei noch nicht zum Zuge gekommen. Aber im Frühjahr 2017 soll es soweit sein, so die Stadt.

Nun sagt die Sprecherin, die konkrete, 2014 geplante Erweiterung sei innerhalb des neu beantragten Projektes „Soziale Stadt Speyer-Süd“ nicht sinnvoll, zumal „ein umfassender Spielplatz-Umbau realisiert werden könnte“. Vielmehr werde im Projekt das gesamte Gebiet mit Vogelgesang betrachtet, wobei die Spielplätze – darunter der im Feuerbachpark – zu den Schwerpunkten gehören. Anwohner sollen mitreden können. „Wann und wie der Spielplatz-Umbau im Feuerbachpark erfolgt, wird im Rahmen dieses Prozesses entschieden werden.“ Es gebe keine rechtlichen Bedenken, wenn die Stadt die Ablösesumme in ein größeres Projekt einbinde.

Die Kinder, die vor drei Jahren mitpflanzen, interessieren sich inzwischen sowieso für andere Spielgeräte. Vielleicht haben ja andere Kinder mehr Glück mit einer zeitnahen Umsetzung ihrer Wünsche.